

Beimischung nicht salzhaltiger Stoffe in größerem oder geringerem Prozentsatz. Der Revision kann nicht darin beigetreten werden, daß unter dem Siede- und Seesalz im §. 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. Oct. 1867 nur die reinen Salzproducte zu verstehen seien; der Zweck des Gesetzes, in dem Salz ein allgemeines Nahrungs- und Genußmittel zu besteuern, würde vereitelt werden, wenn eine den Werth des Salzes für den menschlichen Genuß gar nicht oder nur unerheblich beeinträchtigende Beimischung eines anderen Stoffes das Salz steuerfrei machen könnte. Daß dieses nicht die Absicht des Gesetzes ist, ergibt sich übrigens auch aus ausdrücklichen Bestimmungen desselben. Nach §. 3 Abs. 3 des Gesetzes sind auch die Besitzer von Fabriken zur Anmeldung des Betriebes mit Rücksicht auf die Erhebung der Salzabgaben verpflichtet, in denen das Salz in unreinem Zustande als Nebenproduct gewonnen wird. Nach §. 9 des Gesetzes ist ferner das Schmutz- und Fegeesalz von dem Besitzer des Salzwerks oder der Fabrik, worin es gewonnen worden, in sichere unter steuerlichen Mitverschluß stehende Räume zu bringen; und tritt auch für solches Salz mit der Entnahme aus diesen Magazinen die Verpflichtung ein, die Steuer hiervon zu erlegen, sofern nicht Abfertigung auf Begleitschein stattfindet. Demnach kann auch der zweite Angriff der Revision nicht als begründet angesehen werden.

Urth. des IV. Straff. vom 22. Mai 1885.

Bereinszollgef. v. 1. Juli 1869 §§ 153, 137 Abs. 2. Preuß. Gef. v. 23. Jan. 1838 (GS. S. 78) § 59. Einf.-Gef. zur StrPrD. § 6.

I. Der § 79 des citirten preuß. Gesetzes ist durch die Reichsgesetzgebung außer Kraft gesetzt.

II. Rechtsirrig ist die Annahme, daß zur Ausschließung der Defraudationsstrafe im Falle des § 137 Ziff. 2 der Nachweis, daß der Frachtführer eine Zollhinterziehung nicht beabsichtigt habe, nicht genüge, daß vielmehr darzuthun sei, es sei eine Defraude überhaupt auf keiner Seite, also namentlich auch nicht von dem Aussteller des Frachtbriefes, beabsichtigt gewesen.

Der Grundsatz zu 2 ist nach dem Vorgange in den Urtheilen (abgedruckt Rechtspr. Bd. 5 S. 68 und 574), angenommen im Urth. des IV. Straff. v. 22. Mai 1885 e. S. u. Gen. (1072/85) (Vö. Beuthen). Der Grundsatz zu 1 ist ebenda in folgender Weise begründet.

Die von dem Provinzial-Steuerdirektor eingelegte Revision ist nach keiner Seite begründet. Zu ihrer Rechtfertigung wird in erster Reihe ausgeführt, daß die von der Vorinstanz für aufgehoben erachtete Vorschrift des § 59 des preuß. Gesetzes wegen Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen vom 23. Jan. 1838 (GS. S. 78) noch Geltung habe, weil dieselbe nicht proceßrechtlicher, sondern materieller Natur sei. Dieser Ausführung kann indessen nicht beigetreten werden. Schon äußerlich sind in dem citirten Gesetze die Bestimmungen materiellen Inhalts von den proceßrechtlichen Vorschriften streng gemieden, indem die §§ 1 bis 27 unter dem Abschnitte „A. Von den Strafen der Zollvergehen“, die §§ 28 bis 60 unter dem Abschnitte „B. Von dem Strafverfahren“ zusammengefaßt werden. Während in dem Abschnitte A der § 19 mit der Ueberschrift „d. Subsidiarische Vertretungsverbindlichkeit dritter Personen“ — ebenso wie jetzt der § 153 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 — darüber Bestimmungen trifft, in welchen Fällen und in welchem Umfange eine solche Vertretungsverbindlichkeit eintritt, tragen in dem Abschnitte B die §§ 56—59 die gemeinsame Ueberschrift: „m. Verfahren gegen die subsidiarisch Verhafteten“. Dieser äußeren Stellung und Bezeichnung entspricht sodann auch der Inhalt des § 69, welcher wörtlich dahin lautet: Die abgesehen von der Untersuchung wider den Contravenienten zur gerichtlichen Cognition gelangende subsidiarische Verhaftung wird im Wege des summarischen Processes erörtert und entschieden. Das Gericht darf hierbei nur auf die Beurtheilung der Frage eingehen, ob der Fall der subsidiarischen Verhaftung nach den Gesetzen vorhanden sei. Eben dieses findet statt, wenn der Contravenient sich bei dem verurtheilenden Erkenntnisse beruhigt, der subsidiarisch Verhaftete aber von den in den Proceßgesetzen ge-

ordneten Rechtsmitteln Gebrauch macht.“ Es wird hier eine Frage des materiellen Strafrechts nicht berührt, insbesondere über die Voraussetzungen oder Grenzen der subsidiarischen Vertretungsverbindlichkeit nichts verordnet, vielmehr nur vorgeschrieben, welches Verfahren einzuschlagen und inwieweit die Vertheidigung des subsidiarisch Verhafteten zu berücksichtigen, wenn über die subsidiarische Verhaftung abgesehen von der Bestrafung des Contravenienten zu entscheiden ist. Mit Recht hat deshalb die Strafkammer angenommen, daß es sich um eine proceßrechtliche Vorschrift der preussischen Landesgesetzgebung handelt, und daß diese Vorschrift, da sie nicht das Verfahren im Verwaltungsweg, sondern das Verfahren vor den Gerichten betrifft (vgl. Entsch. Bd. 8 S. 226), da andererseits in der StrPrD. nicht auf sie verwiesen wird, durch den § 6 des Einf.-Gef. zur StrPrD. außer Kraft gesetzt ist. Die Rüge einer Verletzung dieses § 6 durch unrichtige Anwendung, sowie einer Verletzung des § 59 des Gesetzes vom 23. Jan. 1838 durch unterlassene Anwendung ist hiernach hinfällig.

Gewerbs- und Verkehrs-Erleichterungen und Steuerbefreiungen.

Der Bundesrath hat beschlossen:

in der Sitzung vom 18. Juni d. J. — § 375 der Protokolle — den Beschluß im § 117 der Protokolle von 1883 dahin abzuändern: daß Talg (eingeschmolzenes Fett von Rind oder Schafvieh), auch wenn er bei einer Temperatur von 14 bis 15° Réaumur schmalzartige Konsistenz zeigt, nach Nr. 26, 1 des Zolltarifs zum Satze von 2 M. abgelaufen werden darf, sofern er bei der Abfertigung durch Vermischung mit 1 kg gewöhnlichen Petroleum (Brennpetroleum) auf je 100 kg unter amtlicher Aufsicht denaturirt wird.

in seiner Sitzung vom 2. Juli e. nachstehende Aenderungen des Regulativs vom 27. Juni 1882, betreffend die Gewährung einer Zollerleichterung bei der Ausfuhr von Mühlenfabrikaten (Amtsbl. 1882 Nr. 17), zu genehmigen:

Zu §. 4.

Der Absatz 2 erhält die folgende Fassung:

„Die Buchführung ist so einzurichten, daß jederzeit festgestellt werden kann, wie viel Getreide jeder Art und zu welchem Zollsatz in den bezeichneten Räumen vorhanden sein soll.“

Zu §. 5.

Als zweiter Absatz ist aufzunehmen:

„Getreidemengen derselben Gattung, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, sind im Konto in besonderen Unterabtheilungen anzuschreiben.“

Zu §. 8.

Der §. 8 erhält folgende Fassung:

„Die Abrechnung findet vierteljährlich in der Art statt, daß am 20. Tage, falls dieser aber auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am nächsten Werktag des siebenten Monats nach Ablauf des Abrechnungsquartals von der in diesem Quartal angeschriebenen Menge ausländischen Getreides diejenige Getreidemenge, welche nach dem Ausbeuteverhältniß (§. 9) der Menge der in dem bezeichneten und in den beiden darauf folgenden Quartalen thatsächlich zur Ausfuhr gelangten Mühlenfabrikate entspricht, in Abzug gebracht wird, soweit dieselbe nicht etwa schon bei der Abrechnung für das Vorquartal zum Abzug gebracht ist. Es ist dabei für jede Getreideart besonders abzurechnen. Falls bei der Abrechnung die in Abzug zu bringende Getreidemenge die im Abrechnungsquartal stattgefundenen Anschreibungen der betreffenden Getreideart nicht erreicht, so ist der Zollbetrag von dem zu verzollenden Quantum unter Zugrundelegung des Verhältnisses der im Abrechnungsquartal angeschriebenen, verschiedenen Zollsätzen unterliegenden Getreidemengen der in Betracht kommenden Gattung zu berechnen. Der Konteninhaber hat binnen